

«El Chapo» an USA ausgeliefert

Mexiko In einer Blitzaktion hat die mexikanische Regierung am Donnerstag den Drogenboss Joaquín «El Chapo» Guzmán an die USA ausgeliefert. Gegen den Mafiaboss, der in Mexiko zweimal aus Hochsicherheitsgefängnissen entflohen, laufen in den USA mehrere Prozesse wegen Drogenschmuggels, Geldwäsche und Bandenkriminalität. Die Regierung hatte der Auslieferung nach einem entsprechenden Gerichtsbeschluss bereits im Mai stattgegeben; dagegen hatten Guzmáns Anwälte jedoch Rechtsbeihilfe eingelegt. Diese letzten Rechtsmittel seien am Donnerstagmorgen von einem Strafgericht in Mexiko-Stadt abgewiesen worden, teilte das Präsidialamt mit.

Innerhalb weniger Stunden wurde der 62-jährige Chef des mächtigen Sinaloa-Kartells daraufhin aus seiner Gefängniszelle in der Grenzstadt Ciudad Juárez geholt, in ein Flugzeug gesetzt und anschliessend nach Texas geflogen, wie US-Funktionäre mitteilten. Dort sei er von Agenten der Anti-Drogen-Behörde DEA in Empfang genommen und per Flugzeug nach New York verfrachtet worden. Er sei überrascht, sagte Guzmáns Anwalt José Rodríguez im mexikanischen Radio. Noch einen Tag zuvor habe ihm das Gericht die vorübergehende Aussetzung des Auslieferungssuchens zugestanden. Die Regierung habe seinen Mandanten als politische Trophäe benutzt, kritisierte er.

Abschiedsgeschenk an Obama?

Dass die Auslieferung just einen Tag vor Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Donald Trump erfolgt, gab Anlass zu zahlreichen Spekulationen. Es sei ein Abschiedsgeschenk an den scheidenden Präsidenten Barack Obama, twitterte der Politologe Rubén Aguilar. Die Regierung habe Trump keinen Triumph zugestehen wollen, erklärte der Sicherheitsexperte Alejandro Hope.

Guzmán stand mehrere Jahrzehnte an der Spitze des Sinaloa-Kartells, eines der mächtigsten Drogenkartelle Mexikos. Reich wurde er mit dem Schmuggel kolumbianischen Kokains. Das Sinaloa-Kartell operierte lange Zeit diskret und zeichnete sich durch seine guten Kontakte in Politik, Justiz und den Sicherheitsapparat aus. Experten schliessen nicht aus, dass Guzmán mit der US-Justiz ein Abkommen zur Strafmilderung schliessen und sensible Informationen über seine Methoden und Partner preisgeben könnte – sofern ihm die US-Justiz die Sicherheit seiner grossen Familie garantiert. Zumindest die Todesstrafe droht ihm nicht – dass sie nicht angewendet werden darf, ist Teil des bilateralen Auslieferungsabkommens.

Die Auslieferung sei nötig, weil Mexiko nicht in der Lage sei, Guzmán dauerhaft einzusperren, erklärte Senator Miguel Barbosa von der linken Oppositionspartei der Demokratischen Revolution (PRD). Er bedauerte, dass Guzmán angesichts der Schwäche des Staates nicht in Mexiko für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werde. «Wir Mexikaner hätten grosses Interesse daran, seine Komplizen zu kennen und die politischen und wirtschaftlichen Kontakte, die es ihm ermöglichten, ein solches kriminelles Imperium aufzubauen.»

Sandra Weiss/Puebla

«Besorgt, aber nicht verzweifelt»

Deutschland Nach dem Berliner Anschlag überbieten sich Politiker mit Vorschlägen zu schärferen Gesetzen. Die ehemalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sieht den freiheitlichen Staat in Gefahr.

Interview: Christoph Reichmuth/
Berlin

Flüchtlingskrise, islamistischer Terror, ein abgekühltes Verhältnis zu Moskau, ein unberechenbarer Präsident im Weissen Haus. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, mit welchem Gefühl blicken Sie auf das Jahr 2017?

Aus deutscher Sicht sehe ich eine gute wirtschaftliche Entwicklung mit einer geringen Arbeitslosigkeit. Ich sehe aber auch mit Sorge die Zukunft der Europäischen Union. Da scheint vieles im Moment zu bröckeln. Und ich blicke besorgt auf die terroristischen Gefahren, die spätestens nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin nun auch in Deutschland zu Angst und Besorgnis bei den Bürgern führen. Und ich sehe die Unsicherheit, was bei unseren Nachbarn in der Türkei und Russland passiert, die Gefahr auch der russischen Einflussnahme auf den deutschen Wahlkampf. Ich bin besorgt, aber nicht verzweifelt.

Der Zuzug Hunderttausender Flüchtlinge nach Deutschland hat zur Polarisierung der Gesellschaft beigetragen. Hätten Sie Kanzlerin Angela Merkel in ihrem Flüchtlingskurs im Herbst 2015 als Mitglied der Regierung unterstützt?

Man darf die damaligen Bilder nicht verdrängen, als Tausende von Flüchtlingen in Regen, Morast und Nässe an Zäunen ausharrten. Die damalige Situation war für Europa sehr herausfordernd. Ich habe die moralisch motivierte Entscheidung von Frau Merkel als richtig empfunden, die Flüchtlinge in dieser Situation aufzunehmen. Ich denke aber, dass Deutschland nicht ausreichend genug vorbereitet war auf diese Situation und es danach zu lange gedauert hat, bis der Staat mit der grossen Anzahl Flüchtlinge einigermaßen zu rechtgekommen ist.

Seit dem Anschlag von Berlin überbieten sich die Parteien mit neuen Vorschlägen für die innere Sicherheit. Innenminister Thomas de Maizière will die Terrorabwehr nun beim Bund konzentrieren und die Befugnisse des Bundeskriminalamtes ausweiten. Eine gute Idee?

Es ist durch diese Debatte innerhalb der Regierungskoalition der Eindruck entstanden, als hätten wir überhaupt keine Sicherheitsstrukturen und überhaupt keinen funktionierenden Rechtsstaat. Dieser Eindruck ist falsch. Ich halte den Vorschlag des Innenministers, die Landesverfassungsschutzämter in unserem föderalen System abzuschaffen, als für einen nicht vertretbaren Kahlschlag. Die Kenntnisse der lokalen Behörden sind häufig die beste Voraussetzung, um Verfassungsfeinde frühzeitig zu erkennen. Zweckmässig wäre eine Zusammenlegung der Inlandgeheimdienste in länderübergreifende Strukturen Nord, Süd, Ost und West. Ich glaube nicht, dass eine noch stärkere Konzentration der Terrorabwehr auf Bundesebene zu mehr Sicherheit führen würde.



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (65).

Bild: Müller-Stauffenberg/Getty (Berlin, 13. Mai 2015)

Der Attentäter von Berlin, Anis Amri, fiel durch alle Maschen, weil sich keine der unzähligen involvierten Behörden für den Mann zuständig fühlte. Eine Bündelung der Kräfte könnte eine Wiederholung eines solchen Falles verhindern.

Genau dafür haben wir ein gemeinsames Terrorabwehrzentrum (GTAZ), in dem alle Behörden an einem Tisch sitzen. In diesem war Herr Amri unzählige Male ein Thema. Da kann jetzt keine Behörde die Schuld auf die andere schieben. Was der Grund gewesen ist, dass der Anschlag nicht verhindert werden konnte: Die Behörden haben die Gefährlichkeit des als Gefährder eingestuften Anis Amri komplett falsch eingeschätzt. Eine Fehleinschätzung ist nicht durch neue Gesetze und Neustrukturierungen der Sicherheitsarchitektur zu beseitigen.

Debattiert wird auch über mehr Kompetenzen der Behörden bei der Datenspeicherung, laut wird der Ruf nach mehr Videoüberwachung. Opfern wir unsere Freiheit für das Gefühl der Sicherheit?

Diese Frage beschäftigt uns seit den Terroranschlägen vom 9. September 2001 in den USA. Es ist daher wichtig, dass man erkennt, was wir heute schon haben: Wir haben bereits jetzt viele

Videokameras in Städten installiert, allein in München 10 000. Wir sollten genau abwägen, an welchen Plätzen es überhaupt noch einen Bedarf für die Videoüberwachung gibt. Zweitens: Wir haben in Deutschland schätzungsweise 250 islamistische Gefährder. Diese Leute gehören in die Überwachung der Verfassungsschutzbehörden. Dafür brauchen wir aber zuerst die Definition, wen wir als Gefährder einstufen. Den Attentäter von Berlin hätte man nach geltendem Recht in Haft nehmen können und auch müssen. Es gibt schon heute Sicherungshaft auch für nicht verurteilte Menschen, die eine Gefahr darstellen, wir haben

«Den Attentäter von Berlin hätte man nach geltendem Recht in Haft nehmen können und auch müssen.»

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Ehemalige Justizministerin Deutschlands

die Abschiebungsanordnung, wir brauchen keine Gesetzesänderung für Präventivhaft und Fussfesseln für Gefährder. Ich sehe in Deutschland vor allem ein klares Gesetzesvollzugsdefizit. Die Behörden müssen die Gefährder besser überwachen, dafür müssen sie mit ausreichend Personal ausgestattet werden.

Deutschland befindet sich in einem Wahljahr. Jede Partei will mit einem Programm für mehr Sicherheit, verbunden mit schärferen Gesetzen, bei den Wählern punkten. Eine düstere Zeit für eine liberale Politikerin?

Ich mache mir Sorgen um die Weiterentwicklung unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates. Wir befinden uns momentan in einem Ritual von Symbolen. Politiker wollen Symbole schaffen, mit denen sie Rezepte für mehr Sicherheit anbieten. Dabei fehlt die Analyse, wo denn genau die Sicherheitslücken sind. Wir können nicht alles für die Sicherheit tun, weil das immer zu Lasten von Freiheitsrechten für andere geht, gerade auch von Unschuldigen. Wenn anlasslos Daten in weitem Umfang gespeichert werden, betrifft das eben auch unschuldige Menschen. Ich plädiere für die Fokussierung von Massnahmen, wehre mich aber gegen eine flächendeckende massive Überwachung von allen.

Dann war die systematische Kontrolle der Sicherheitsbehörden nordafrikanischer Männer am Silvesterabend in Köln Ihrer Meinung nach richtig? Kritiker halten dieses Vorgehen für diskriminierendes «Racial Profiling».

Das Vorgehen war in Ordnung, meiner Meinung nach lag kein allgemein rassistisches Bewerten einer bestimmten Personengruppe vor. Es war nach den Ereignissen der Silvesternacht 2015 bekannt, dass von dieser Personengruppe eine Gefährdungslage ausgeht. Deshalb hat die Polizei anhand einer klar definierten Gefährdungssituation richtig gehandelt.

Seit dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag und der Bundesregierung 2013 hat sich Deutschland verändert. Inzwischen hat sich mit der Alternativen für Deutschland (AfD) am rechten Rand eine neue politische Kraft etabliert. Wie kann der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft entgegengetreten werden?

Im Wahlkampf wird die Polarisierung zunehmen. Da haben wir aus den USA einen Vorgegeschmack bekommen, verbunden auch mit dem Versuch ausländischer Beeinflussung der Wahlen durch die Streuung von Falschmeldungen. Nun ist die Offensive aller Demokraten gefordert. Es nützt uns überhaupt nichts, die AfD-Vertreter nun überall auszugrenzen, im Gegenteil, wir müssen entlarven, dass diese Partei keine Lösungen anbietet, sondern vielmehr ein Programm, das Deutschland schwächen würde. Wenn wir nämlich ein abgeschotteter Nationalstaat sind, ist Deutschland am Ende. Das müssen wir den Wählern klar machen mit guten Argumenten.

In Deutschland fühlen sich viele von den etablierten Parteien nicht mehr ernst genommen. Könnte mehr politische Mitbestimmung diesen Trend brechen? Kann die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie zum Vorbild werden?

Die Schweiz hat mit ihrem System eine lange Tradition, wir schauen immer sehr gespannt zu den vielen Beteiligungen der Bürger und ihren Ergebnissen. Ich bin eine grosse Befürworterin von Volksentscheidungen bei uns auf Landesebene, ich denke aber, dass wir mit unserem repräsentativen System auf Bundesebene eine sehr gute Verfassung haben. Wir sollten an dem System nicht rütteln und auf Länderebene aktiv das System der Volksentscheide nutzen.

Wird es die FDP wieder in den Bundestag schaffen?

Ich bin sehr guten Mutes, dass die FDP Teil des neuen Bundestages mit dann vermutlich sechs Fraktionen sein wird.

Hinweis

Die FDP-Politikerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (65) war von 1992 bis 1996 und von 2009 bis 2013 Justizministerin Deutschlands. Sie ist Vorstand der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung.